



Alternativantrag

der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD

zu „Zusammenleben im Grenzland auch in der Corona-Pandemie“ (Drucksache 19/2942)

Die Herausforderungen im Grenzland während der COVID-19-Pandemie transparent und gemeinsam meistern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Corona-Pandemie mit ihren immensen negativen Auswirkungen nicht nur das Land als Ganzes empfindlich trifft, sondern insbesondere auch die deutsch-dänische Grenzregion vor besondere Herausforderungen stellt. Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens (insb. die Grenzschließungen) haben das selbstverständliche, grenzüberschreitende Alltagsleben in der Grenzregion erheblich beeinträchtigt, auch und insbesondere für die Minderheiten. Der Landtag erkennt an, dass sich sowohl die Landesregierung als auch die dänische Regierung aktiv dafür eingesetzt haben und weiterhin bemüht sind, Modelle zum Pandemie-Management zu erarbeiten und umzusetzen, die auf diese besondere Situation im Grenzland Rücksicht nehmen.

Gleichwohl fordert der Landtag die Landesregierung auf, die folgenden Anregungen zu prüfen und in das weitere Pandemie-Management zu integrieren:

- Es braucht nach wie vor ein transparent kommuniziertes und möglichst einheitliches Vorgehen auf beiden Seiten der Grenze. Die Erfahrungen und die Kompetenz der Minderheiten und der im Alltag betroffenen (und inzwischen praxiserprobten) Akteure sollten hier noch stärker mit einbezogen werden. Gegebenenfalls könnten Institutionen wie das Regionskontor Sønderjylland-Schleswig (Grenzpendlerbüro), die IHK und grenzüberschreitend tätige Bildungseinrichtungen noch enger eingebunden werden und an der Erarbeitung weiterer Lockerungsschritte mitwirken. Dabei ist auf die besondere Situation im Grenzland insbesondere für

Arbeitnehmer*innen, Schüler*innen, Studierende und Familien Rücksicht zu nehmen.

- Besonderes Augenmerk muss weiterhin auf die Kulturarbeit und die entsprechenden Einrichtungen der Minderheiten gerichtet werden. Die Belastungen sind hier enorm und offenkundig, da hier auch und gerade die kulturelle Identität der Minderheiten betroffen ist. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich mit den Kulturträgern und den Minderheiten auszutauschen, wie die Kulturarbeit weiter unterstützt und – sofern möglich – ggf. auch neue, pandemiegerechte Formate erarbeitet und umgesetzt werden können.
- Der Landtag erkennt an, dass im Rahmen von INTERREG bereits eine gewisse grenzüberschreitende Zusammenarbeit in puncto Gefahrenabwehr/Rettungsdienst und Patientenversorgung existiert (z.B. das Interreg-Projekt „Gefahrenabwehr ohne Grenzen“). Darauf aufbauend wäre zu überlegen, ob deutsche und dänische Gesundheitsbehörden und Krankenhäuser im Grenzland noch enger kooperieren und durch regelmäßigen Austausch ggf. sogar noch umfangreichere gemeinsame Maßnahmen erarbeiten könnten.

Begründung:

Die Covid-19-Pandemie stellt eine erhebliche Belastung für das deutsch-dänische Grenzland dar. Die besondere, historisch gewachsene Situation des Grenzlandes und der Minderheiten ist eine Erfolgsgeschichte des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, welche als Modell für andere Grenzregionen gilt. Grenzsicherungen bzw. -kontrollen und umfangreiche Maßnahmen zum Infektionsschutz bauen – wenngleich angesichts des Infektionsgeschehens nachvollziehbar – Barrieren auf, die längst als überwunden galten und insbesondere Familien mit Wurzeln auf beiden Seiten der Grenze empfindlich treffen. Auch Grenzpendlerinnen und Grenzpendler sowie der Kulturbereich leiden seit Monaten unter den Auswirkungen.

Ein transparent kommuniziertes und möglichst einheitliches Vorgehen auf beiden Seiten der Grenze bleibt daher unabdingbar. Die besondere Situation unseres Grenzlandes erfordert eine besondere Handhabung des Pandemie-Managements. Insbesondere die Minderheiten und Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind dabei seit Jahrzehnten die Brückenbauer und Antriebskräfte für die Entwicklung des Grenzlandes. Auch und gerade unter Pandemiebedingungen sollten diese daher noch enger in das Management eingebunden werden.

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW

Birte Pauls
und Fraktion